



---

## **FÜR EINE MENSCHLICHE ASYLPOLITIK**

Liebe Genossinnen und Genossen

Wir haben gesehen, wie Mauern errichtet und Stacheldrähte hochgezogen wurden, wir haben Geburten im Schlamm gesehen, Familien, die über Wochen unter inakzeptablen sanitären und humanitären Bedingungen blockiert waren, wir haben Schiffskatastrophen und Schüsse auf wehrlose Personen gesehen, deren einzige Schuld darin bestand, sich selbst und ihre Familien vor dem Krieg in Schutz bringen zu wollen.

### **Es ist Zeit, STOPP zu sagen!**

Die europäische Politik der Migrationsströme hat das Mittelmeer und die Aussengrenzen Europas in einen Leidensweg für Tausende von Migrierenden und Flüchtlingen verwandelt. Bei der Überquerung des Mittelmeers haben über 30'000 Personen (gesicherte Zahlen) ihr Leben verloren, doch viele Schiffe gehen unter, ohne dass jemand die Todesfälle und die Identität der Ertrunkenen registriert. Die Kontrolle und militärische Überwachung des Mittelmeers wie auch jeder anderen Aussengrenze kriminalisiert und tötet Migrierende und Flüchtlinge, die vor Kriegen und Diktaturen fliehen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es weltweit nie mehr so viele Personen auf der Flucht, doch Europa und die Schweiz beteiligen sich nur minimal an der Aufnahme der schutzbedürftigen Personen. Während allein der Libanon, mit einer tieferen Bevölkerungszahl als die Schweiz, 1,4 Millionen syrische Flüchtlinge aufnimmt, sieht das Neuansiedlungs-Programm des Bundes ein Aufnahmekontingent von 3'000 Personen in drei Jahren vor!

Die Unmöglichkeit, Europa mit einem regulären Visum und über humanitäre Kanäle zu erreichen, zwingt diese Personen dazu, sich für die Grenzüberschreitung der organisierten Kriminalität anzuvertrauen. Damit werden die Migrationswege länger, das Todesrisiko steigt und häufig ist es nach der Ankunft in Europa unmöglich, eine reguläre Aufenthaltsbewilligung zu erhalten. Abgewiesene Asylbewerbende oder jene, die wegen der Dublin-Abkommen in Länder abgeschoben werden, welche keine würdige Betreuung garantieren können (Italien oder Ungarn zum Beispiel), vergrössern die Menge der Arbeitskräfte in irregulärer Aufenthaltssituation und drehen an der Spirale der Ausschliessung und Verarmung, die dem Grosskapital in die Hände spielt.

Die Aufenthaltsbewilligungen werden weiterhin aufgrund des wirtschaftlichen Bedarfs der einzelnen Länder dosiert; die Idee, eine Selektion der Arbeitskräfte vorzunehmen, steht aber im Widerspruch zu den sozialistischen Werten und zur Idee, dass wir eine solidarische, einschliessende Gesellschaft anstreben.

Während wir ohnmächtig der Schliessung von Grenzen und der kollektiven Rückweisung in die Türkei – ein Land, das die Menschenrechte nicht einhält – zuschauen, hat das Schweizer Parlament einer Kürzung des Beitrags für Zusammenarbeit und Entwicklung und der Waffenausfuhr auch nach Saudi-Arabien zugestimmt.

Wir fordern die Sozialdemokratische Partei der Schweiz auf, zusammen mit anderen Parteien, humanitären Verbänden, Entwicklungshilfe- und Friedensorganisationen, kulturellen, zivilen Bewegungen und Religionsgemeinschaften als **Promotorin einer nationalen Friedenskundgebung oder anderer einzelner, aber koordinierter Aktionen im ganzen Land aufzutreten, um eine breite Medienpräsenz (mehr als nur eine Pressekonferenz) zu erlangen, die öffentliche Meinung zu involvieren** und den Bundesrat aufzufordern

- sich bei der Aufnahme ernsthafte zu engagieren;
- humanitäre Korridore zu öffnen;
- Dublin-Abschiebungen in Länder, die keine würdige Betreuung garantieren können, auszusetzen;
- sich für die Suspendierung des Abkommens mit der Türkei stark zu machen, das grundlegendste Asylrechte verletzt.